

# Studenten machen Druck

Streit um Gebühren spitzt sich zu

*Studiengebühren stehen vor der Tür, jetzt auch in NRW. Nachdem hier das letzte rot-grüne Bollwerk bei den Landtagswahlen gefallen ist, könnte NRW sogar als erstes Bundesland die Gebührenfreiheit beerdigen. Studierende geraten unter Druck – aber sie machen auch Druck. Zeit verschaffen könnten ihnen die ungelösten Probleme der Befürworter Rüttgers bis Koch: Die tun sich schwer, eine Regelung für Finanzierungsmodelle zu finden, die die Gebührenkeule sozial abfedern soll.*

**V**on einer Katastrophe sprechen Studentenvertreter wie der 25-jährige Daniel Weber vom Kölner AStA, seit in Nordrhein-Westfalen die rot-grüne Regierung von den Koalitionsparteien CDU und FDP abgelöst wurde: „Damit werden unsere schlimmsten Befürchtungen wahr.“ Dass in Nordrhein-Westfalen jetzt allgemeine Studiengebühren kommen, war klar. Dass sie allerdings so schnell eingeführt werden sollen, damit hatten die Studierenden nicht gerechnet. Nur zwei Wochen nach der Wahl kündigten die neuen „Machthaber“ an Rhein und Ruhr Gebühren in Höhe von 500 Euro pro Semester an. In knapp einem Jahr, zum Sommersemester 2006, soll es dann erstmals Studiengebühren ab dem ersten Semester geben – und das ausgerechnet im studentenstärksten Bundesland Nordrhein-Westfalen.

In aller Eile kamen Studentenvertreter aus ganz NRW zusammen, um auf die Ankündigung von CDU und FDP mit neuen Protesten zu reagieren. Mit Trillerpfeifen und Plakaten hielten sie schon am Tag nach den Koalitionsgesprächen bei einer CDU-Mitgliederversammlung in Köln Einzug. „Das war ein erster Erfolg für uns“, sagt Daniel Weber – sogar einige CDU-Delegierte hätten den Protestlern applaudiert. „Schließlich gibt es in der CDU nicht nur Gebührenfreunde, auch wenn es zur Zeit so aussieht“, sagt Weber, „und die Gegner müssen wir jetzt auf unsere Seite ziehen.“

Ob den protestwilligen Studierenden das gelingen wird, ist fraglich. Zwar

konnten sie in Freiburg wochenlang das Rektorat besetzen und lieferten sich in Hamburg heftige Auseinandersetzungen mit der Polizei, doch insgesamt können sie nur auf wenige Erfolge zurückblicken. In Bundesländern wie Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sind bereits für „Langzeitgebühren“ fällig, wenn Studenten die Regelstudienzeit um mehr als vier Semester überschreiten – und das trotz massiver Demonstrationen an den Hochschulen. Und auch die Minister Peter Frankenberg (CDU) aus Baden-Württemberg, Thomas Goppel (CSU) aus Bayern und der parteilose Jörg Dräger in Hamburg halten trotz bundesweiter Demonstrationen an der schnellen Einführung des Bezahlstudiums fest, nachdem das Bundesverfassungsgericht im Januar das Verbot allgemeinen Studiengebühren gekippt hatte (s. auch E&W 3/2005).

## Zeitaufschub

Allerdings wird der Starttermin immer weiter nach hinten verschoben. Ursprünglich war in vielen Bundesländern vom Sommersemester 2006 die Rede. In Bayern sollen jetzt aber frühestens zum Sommersemester 2007 allgemeine Studiengebühren kommen, in Baden-Württemberg sogar noch später, zum Wintersemester 2007/08. Doch liegt das weniger am studentischen Widerstand als an Fragen der Finanzierung. Gebühren sollen schließlich „sozial verträglich“ sein, so hatten es die Richter aus Karlsruhe bestimmt.

Klare Forderungen, wie Gebührenmodelle denn aussehen müssten, sind vor-

handen. Aus Sicht von Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks, sollen „BAföG-Empfänger freigestellt, die Gebühren nach der finanziellen Leistungsfähigkeit gestaffelt werden und die Länder Stipendien- und Finanzierungsmodelle entwickeln“. In keinem Bundesland gibt es Einigkeit, von tragfähigen Ideen für Darlehens- und Kreditmodelle ganz zu schweigen.

Die CDU hat sich dafür ausgesprochen, dass Studiengebühren nachgelagert zurückgezahlt werden – also erst dann, wenn die Absolventen nach dem Studium einen festen Job gefunden haben. „Niemand muss dann darauf verzichten, ein Studium aufzunehmen“, sagt Helmut Stahl, neuer Wissenschaftsminister in Nordrhein-Westfalen, „wir brauchen nicht weniger, wir brauchen mehr Studierende.“ Studentenvertreter befürchten jedoch, dass viele gar nicht erst ein Studium aufnehmen, wenn sie von den Unis zur Kasse gebeten werden.

In den kommenden Wochen sollen die Proteste deswegen weitergehen – und zwar bundesweit: „In vielen Bundesländern gibt es schon das ganze Semester lang Aktionen gegen Studiengebühren“, sagt Nele Hirsch vom Freien Zusammenschluss der Studierendenschaften, „und die werden wir auch aufrecht erhalten“. Allerdings ziehen nicht alle Studenten am gleichen Strang. Als es an der Universität Köln Mitte Juni zu Streiks kam, baten Kommilitonen mehrfach darum, diesen beizulegen. „Viele bekommen durch den Druck von Arbeitsmarkt und Studienbedingungen einen Tunnelblick“, sagt AStA-Vertreter Weber. Er will an den Protesten, die die GEW unterstützt, festhalten. Ob er Studiengebühren damit tatsächlich verhindern kann, weiß er nicht, „aber auf jeden Fall können wir sie verschieben“.

Britta Mersch

*Diese Bundesländer planen Studiengebühren:*  
 Baden-Württemberg (CDU/FDP): Wintersemester 2007/2008;  
 Bayern (CSU): Sommersemester 2007;  
 Hamburg (CDU): 2006;  
 Hessen (CDU): kein fester Termin, erst Verfassungsänderung notwendig;  
 Niedersachsen (CDU/FDP): Wintersemester 2006/2007;  
 Nordrhein-Westfalen (CDU/FDP): Sommersemester 2006;  
 Saarland (CDU): kein fester Termin.



Der Protest gegen Studiengebühren geht im nächsten Semester weiter.